

Datensammlung als wirksame Waffe im Kampf gegen die Geißel Krebs

Im Gesundheitsausschuss kamen die Experten zu Wort

Wo gibt es im Lande örtliche Häufungen von Krebserkrankungen? Welche Rolle spielen Umwelteinflüsse und die Verhältnisse am Arbeitsplatz? Entspricht eine umfassende Früherkennung den Erwartungen? Ist die zuweilen aggressive Tumorthherapie Ursache für einen später folgenden Krebs? Halten die Aufwendungen für die Nachsorge einer kritischen Überprüfung stand? All diese und ähnliche Fragen können für das Land Nordrhein-Westfalen (noch) nicht schlüssig beantwortet werden, weil es kein zentrales Krebsregister gibt.

Nur ein Teil des Landes, der Regierungsbezirk Münster, verfügt über ein epidemiologisches Register. Aber die Ergebnisse, die dort gesammelt werden, sind nicht ohne weiteres auch auf den Landesteil Nordrhein zu übertragen. Um diese – und weitere Fragen, etwa die Kosten – ging es beim Sachverständigengespräch im Gesundheitsausschuss unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD). Die 16 Expertinnen und Experten nahmen Stellung zu dem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/2637) „Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW“.

Selten habe sie erlebt, dass die eingeladenen Sachverständigen so einhellig einer Meinung seien, fand Marianne Hürten (GRÜNE). Und zwar für die landesweite Einführung eines Registers für alle Arten von Krebs ohne den Zwischenschritt über ein NRW-Register für eine bestimmte Krebserkrankung, den Brustkrebs, wie derzeit überlegt werde. Verbunden mit einer Meldepflicht, so schätzten die Experten, seien bei einem zentralen Register in etwa drei Jahren aussagefähige Ergebnisse zu erwarten. Davon habe jede Bürgerin und jeder Bürger im Lande etwas, meinte eine Teilnehmerin aus der Expertenrunde: Nicht nur diejenigen, die schon an Krebs erkrankt sind, sondern auch jene, die noch nicht erkrankt sind und denen auf Grund der Erkenntnisse aus dem Register die Erkrankung möglicherweise zu ersparen sei.

einer Vernetzung zu kommen, die das ganze Land erfasst. Die Kosten für ein landesweites Register schätzte einer der Experten auf fünf Millionen Euro. Dem stünden aber Einsparungen an anderer Stelle des Gesundheitssystems gegenüber – bei Prävention, Therapie und Rehabilitation. So hätte innerhalb kürzester Zeit – und nicht erst über jahrelange, teure Studien – eine Antwort auf Fragen gegeben werden können. Zum Beispiel ob der Stoff Kieselrot, der in der Vergangenheit im Lande auf



Namensschilder und wer sich dahinter verbirgt – bei mehr als einem Dutzend Experten, die zu Wort kamen, eine sinnvolle Orientierungshilfe für Ausschussmitglieder und Zuhörer in der öffentlichen Sitzung.
Foto: Schälte

MELDEPFLICHT

Zwischen den beiden Polen für den Aufbau des NRW-Registers gab es auch mittlere Positionen. Man könnte, so war aus Münster zu hören, das epidemiologische Krebsregister für den dortigen Regierungsbezirk auch auf den rheinischen Landesteil ausdehnen: „Wir würden die Herausforderung, zu gestalten, aufzubauen und auf Dauer zu betreiben, gern annehmen.“ Ein anderer Vorschlag war, über repräsentative, regionale Schwerpunkte zu

Sport- und Spielplätzen zu finden war, zu verstärktem Auftreten von Krebs führt. Oder ob Reihenuntersuchungen auf Brustkrebs tatsächlich die Früherkennung zu fördern vermögen und ob die damit verbundene Strahlenbelastung nicht in späteren Jahren verstärkt zu einem Auftreten von Tumoren führt. Diese Erfahrungen sind in vergleichbarer Form im Bereich von Krebserkrankungen im Kindesalter bereits gemacht worden.

Einhellig auch das Votum der Expertinnen und Experten für die Verankerung einer Meldepflicht im Lande. Die Bereitschaft, eine solche Verpflichtung zu akzeptieren, sei bei

Ärzten und Patienten sehr hoch. Nur mit einer Meldepflicht ist nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern gewährleistet, dass eine Erfassungsquote von 95 Prozent erreicht wird. Und wie steht es mit dem Schutz der persönlichen Daten? Über solche Bedenken sei die Diskussion bei einer Krankheit, die die meisten Menschen bewegt und viele betrifft, hinweg gegangen, fand eine Sprecherin der Krebs-Selbsthilfe. Die Krebsberatung halte überhaupt nichts davon, das landesweite Krebsregister als „Fernziel“ zu definieren: Die Sache sei zügig anzufassen.

Das fand im Kreis der Parlamentarier auch Dr. Jana Pavlik (FDP): Sie verstehe nicht, dass das Land noch nicht tätig geworden sei. Es sei allerhöchste Zeit, eine solche Einrichtung zu schaffen. Vera Dedanwala von der SPD wollte wissen, ob der in NRW überlegte Schritt über ein Brustkrebsregister (diesen Weg qualifizierte

eine Wissenschaftlerin als „zeitaufwendige Sackgasse“) auch woanders gegangen worden sei, dann wäre der NRW-Einstieg ein Einzelweg. „Ja, es wäre ein Einzelweg“, bestätigte man im Expertenkreis. Rudolf Henke (CDU) schließlich bat für die parlamentarischen Mittelverteilungskämpfe, denen sich auch die Einrichtung eines Krebsregisters zu stellen habe, um Rückenstärkung durch Beispiele, was bestehende Krebsregister bereits bewirkt haben – die wurden ihm geliefert. Auch Henke war der Meinung, dass die beim Register angestrebte Vollständigkeit kein Argument sei, mit dem Aufbau eines landesweiten Krebsregisters zu warten.